

---

# Bulgariens Europawahlen

## Spannende Entwicklungen in der bulgarischen Parteienszene

Klaus Schrameyer

---

»Spannende Entwicklungen in der bulgarischen Parteienszene« – das ist eigentlich eine Tautologie: die bulgarischen Parteien sind immer spannend, weil sie immer Überraschendes, Unvorhersehbares, ja eigentlich politisch Unmögliches bieten, weil im politischen Bulgarien auch das eigentlich Undenkbare möglich wird.

Wir brauchen uns nur in das Jahr 1990 zu versetzen. Kein Bulgare, der sich 1990 in dem blauen Fahnenrausch der Union der Demokratischen Kräfte in den Straßen der Hauptstadt auf dem sicheren Weg in eine strahlende Zukunft wähnte, hätte folgendes für möglich gehalten:

- daß siebzehn schwere, entsagungsreiche Jahre vor ihm liegen und das Ende der Transformation im Jahre 2007 immer noch nicht absehbar ist,
- daß die Union der Demokratischen Kräfte/UdK, dieses Symbol der neuen Zeit, in Trümmern liegt,
- daß die Türkenpartei (Bewegung für Rechte und Freiheiten/DPS) den Ex-Kommunisten, den Initiatoren des »Wiedergeburtprozesses«, der Türkenverfolgung in den 80er Jahren, 1992 zur Macht verhelfen, mit ihr 2005 eine Koalition eingehen und am 20. Mai 2007 beinahe die Europawahlen gewonnen hätte,
- daß eine oligarchische Oberschicht aus Ex-Nomenklatura, Staatsicherheit, Wendegewinnlern und Kriminellen entsteht<sup>1</sup>, die unter dem BSP-Premier Žan Videnov den Karren völlig vor die Wand fuhr<sup>2</sup> und die bis heute im Hintergrund die Zügel in der Hand hält,
- daß der 1946 von den Kommunisten abgesetzte, enteignete und aus dem Land verjagte minderjährige ehemalige Zar Simeon II. von Sachsen-Coburg-Gotha (Simeon Sakschoburgotski) im Jahre 2001 nach Bulgarien zurückkehrt, jedoch nicht als Zar oder wenigstens Präsident, sondern als ein gewählter Ministerpräsident,
- daß drei neue Parteien innerhalb kürzester Zeit aus dem Nichts auftauchen:
  - die »Nationale Bewegung Simeon II.«/NDSV des Ex-Zaren Simeon II. im Jahre 2001,
  - die rechtsextremen »ATAKA« Volen Siderovs, eines Ex-UdK-Mannes und ehemaligen Chefredakteurs der UdK-Tageszeitung »Demokracia« im Jahre 2005<sup>3</sup>,

- die Partei »GERB« (Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens)<sup>4</sup> unter Bojko Borisov (einem ehemaligen Bodygard des Zaren, Feuerwehrgeneral, Chef des zweifelhaften Bewachungsunternehmens Ipon<sup>5</sup>, ehemaligen Generalsekretär im Innenministerium und ab 2006 Bürgermeister von Sofia usw.<sup>6</sup>) im Jahre 2006.
  - Wer hätte sich vorstellen können, daß die Bulgarische Sozialistische Partei/BSP, die Nachfolgepartei der BKP, noch im Jahre 2007 regiert, daß ein Ex-Kommunist, Georgi Pärvanov, zum zweiten Mal zum Staatspräsidenten gewählt wurde?
  - Wer hätte im Jahre 2001 gedacht, daß der Zar mit den Ex-Kommunisten, die ihn 1946 entthront und seine Anhänger verfolgt und ermordet hatten, im Jahre 2005 eine Koalition eingehen würde?
- Bulgarien ist schon ein spannendes Land – es macht das eigentlich Unmögliche möglich.

---

### Die Wahnacht

---

Es war eine ungewöhnliche Wahnacht, die Nacht des 20. Mai 2007. In den Wahl-sendungen des bulgarischen Fernsehens und im Kulturpalast in Sofia herrschte der emotionale Ausnahmezustand.

Dabei ging es bei dieser ersten Europawahl nach dem Beitritt am 1. 1. 2007 nicht um das Schicksal des Landes, sondern »nur« um 18 Abgeordnete für das Europäische Parlament, die nur für den Rest des Mandats, also zwei Jahre, gewählt wurden und die die bisherigen ernannten Beobachter ablösen sollten.

Es war ein richtiges Wahltheater, es herrschte Dramatik, die Nerven lagen bloß. Volen Siderov von der rechtsextremen Partei »Ataka« sprach – in seiner üblichen blumigen Sprache – von der Gefahr eines »Bulgaristan«. Es war, als ob die Türken wie 1683 wieder vor Wien stünden. Was war geschehen?

Die ersten Hochrechnungen der Institute hatten ergeben, daß der Gewinner der Wahl Achmed Dogan mit seiner Türkenpartei BFR/DPS sei – eine Ohrfeige für jeden echten Bulgaren!

Das hätte auch bedeutet, daß nach dem traditionellen Ritual Dogan die erste Pressekonzferenz hätte geben dürfen. Das war für die prestigebewußte BSP inakzeptabel. Dogan überließ daher Stanišev den Vortritt – schließlich sind sie ja Koalitionspartner.

Der Gründer der vor einem Jahre entstandenen neuen Partei GERB, Bojko Borisov, der ebenfalls in der Spitzengruppe war, wurde nicht gefragt und verließ darauf beleidigt das NDK – ohne eine Pressekonferenz zu geben.

Doch die ganze Aufregung war umsonst – am nächsten Tag stellt sich heraus, daß die Hochrechnungen falsch waren: Bojko Borisov (GERB) war der Sieger, Sergej Stanišev Zweiter und Dogan Dritter.

Also ein Sturm im Wasserglas? Vielleicht doch nicht so ganz.

---

### Das amtliche Ergebnis

---

Denn auch so entbehrte das am nächsten Tag veröffentlichte amtliche Endergebnis nicht der Überraschung: Wahlsieger war die erstmals<sup>7</sup> an einer Wahl teilnehmende GERB. Ein Newcomer hatte die siegesgewohnten Roten und Dogan im ersten Anlauf besiegt – wenn auch knapp.

GERB	419.301 Stimmen	21,69%	5 EU-Abgeordnete
BSP	414.050	21,41%	5
DPS	391.711	20,26%	4
Ataka	274.862	14,22%	3
NDSV	120.945	6,26%	1

Die restlichen neun der vierzehn teilnehmenden Parteien, darunter auch die »klassischen« Rechtsparteien SDS (4,74% = 91.871 Stimmen), DSB (4,35% = 84.350) u.a. hatten das Klassenziel nicht erreicht: die Schwelle betrug 5,56% der Stimmen (= 107.650 Stimmen; man hatte die sonst bei Wahlen übliche Schwelle von 4% angehoben).

6,714.809 Menschen waren wahlberechtigt, jedoch nur 1,933.500 hatten teilgenommen, ganze 28,6%. Bei den Parlamentswahlen von 2005 waren es mit 54,28% noch fast das Doppelte (3,684.200)<sup>8</sup>.

Zu den Gewählten ist zu sagen:

Allgemein hat man sich bemüht, qualifizierte Kandidaten aufzustellen, die allerdings häufig weniger bekannt waren. Zwei der von der Türkenpartei DPS gewählten Abgeordneten hatten keinen türkischen Hintergrund.

Die Ataka hat erneut den durch seine Anti-Roma-Äußerungen im Europa-Parlament bekannten Dimităr Stojanov aufgestellt, sowie Slavi Binev, einen »Geschäftsmann« zweifelhaften Rufs.

Zum Wahlgesetz vom 22. 2. 2007 (*Dăržaven Vestnik/DV* Nr. 20/2007 vom 6. 3. 2007):

Das Wahlgesetz sah die Verhältniswahl vor (Art. 9). Jede Partei hatte – Gegensatz zur Präsidentenwahl – wieder einen eigenen Wahlschein.

Um den üblichen Wahlmißbrauch der DPS zu stoppen (Herankarren von in der Türkei lebenden bulgarischen Staatsangehörigen, was bei den letzten Präsidentenwahlen im Oktober 2006 ca. 50.000 Stimmen gebracht hatte), war auf Betreiben der NDSV im Wahlgesetz vorgeschrieben worden, daß Wähler drei Monate in Bulgarien oder einem EU-Staat wohnhaft gewesen sein mußten (Art. 4 Abs. 2). Dies führte zur Streichung von 260.838 Wählern.

Außerdem hatten die Wähler erstmals das Recht, die Reihenfolge der Kandidaten in der Liste zu ändern; dies hatte jedoch nur Gültigkeit, wenn 15% der Wähler denselben Kandidaten bevorzugten. Bei dieser Wahl erreichte jedoch kein Kandidat die 15%.

---

### Gründe für die Aufregung

---

Erstens liegen in Bulgarien die Nerven bloß, wenn es um die Türken in Vergangenheit und Gegenwart geht. Dann tauchen gleich wieder Erinnerungen an das 500-jährige sogenannte »türkische Joch« auf. Allein der Gedanke, die DPS könne die Wahlen gewonnen haben, ließ Welten einstürzen.

Wie neurotisch die Bulgaren in der Türkenfrage reagieren, hatte kürzlich der Historiker Ulf Brunnbauer vom Osteuropainstitut der FU Berlin erfahren müssen, als sein – von den Bulgaren völlig mißverstandenes – Forschungsprojekt (über die Widerspiegelung des türkischen Massakers von Batak 1876 in der bildenden Kunst) als eine Bagatellisierung und Verfälschung der Geschichte Bulgariens ange-

sehen und bis hinauf zum Staatspräsidenten in Grund und Boden verdammt wurde. Die Bulgaren benahmen sich völlig hysterisch: »*Kapital*«<sup>9</sup> benutzte das Wortspiel »*istorija – isterija*«. Politiker, die Presse, Historiker wie der Ultrationalist Božidar Dimitrov unterließen es, zu klären, worum es bei dem Projekt überhaupt ging.

Sie hatten das Gefühl, sie sollten ihrer traditionellen Opferrolle beraubt und damit gedemütigt werden. Man hatte den Eindruck, sie suchten einen Anlaß, endlich einmal auf den strengen Vormund, den arroganten Westen, eindreschen zu können. Einzig die Wochenzeitschrift »*Kapital*« bewahrte kühles Blut und stellte die Sachlage und die bulgarische Seelenlage richtig dar, nicht ohne darauf hinzuweisen, daß eine solche maßlose Reaktion dem Ansehen des Landes nicht unbedingt nütze: Die Organisatoren des deutschen Forschungsprojekts wußten jetzt, daß »der Nationalismus in Bulgarien eine staatliche Mode ist, und daß auch eine Menge Leute ehrlich glaubt, daß der Herrgott ein Bulgare ist«.

Das Ganze war also ein massenpsychologisches Problem, das aber aussagekräftig für den empfindlichen Zustand der bulgarischen Seele ist.

Zweitens mußte das Wahlergebnis unter den Regierungsparteien große Enttäuschung auslösen, weil man mehr erwartet hatte. Dogan hatte sogar die Devise ausgegeben, die Koalitionspartner BSP, NDSV und DPS müßten sämtliche 18 Mandate gewinnen. Tatsächlich gewann die Kolition jedoch nur zehn Sitze (5 BSP, 4 DPS und 1 NDSV), fünf gingen an GERB und drei an ATAKA.

Der dritte Grund war die geringe Wahlbeteiligung von nur 28,61%. Es gab dafür mehrere Gründe:

Die Beteiligung an den überall wenig attraktiven Europawahlen war auch in den anderen Beitrittsländern niedrig gewesen (laut Stanišev im Schnitt 26%).

Außerdem regnete es am Wahltag heftig, allerdings nur in Teilen Bulgariens; dadurch seien 670.000 Wähler von der Wahl abgehalten worden.

Viele Wähler dürften die Wahl für unwichtig gehalten haben: die Wahlkampagne war langweilig und viele der Kandidaten kaum bekannt.

Beunruhigend jedoch ist, daß die Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen seit 1990 ständig sinkt<sup>10</sup>:

17. 06. 1990	90,60%	A. Lukanov (D. Popov)
13. 10. 1991	83,87	F. Dimitrov
18. 12. 1994	75,20	Ljuben Berov
13. 04. 1997	58,68	Ivan Kostov
17 .06. 2001	66,67	Simeon II.
Juli 2005	54	Dimităr Stanišev
20. 06. 2007	28,6	Europa-Wahl

Die wachsende Wahlenthaltung gab auch Anlaß zu einer Diskussion, ob man die Wahlpflicht einführen soll; diese erfordert jedoch eine Änderung der Verfassung. Inzwischen hat sich der Rechtsausschuß des Parlaments dagegen ausgesprochen.

Das Ergebnis der Wahl war also schon ein mittleres Erdbeben für die Parteien. Insofern ist es der vorläufige Endpunkt einer Entwicklung, die sich seit langem angebahnt hat, die aber von den Parteien nicht zur Kenntnis genommen wurde.

---

## Die Gründe für die Verluste der Parteien

---

Der wichtigste Grund ist der Verdruß der Wähler über die Politiker bzw. deren seit 18 Jahren geführte Politik. Hinzu kommen Apathie und Erschöpfung: Eine Zeitung schrieb, nach 18 Jahre der Misere reichten »die Kräfte gerade noch zum Überleben<sup>11</sup>«.

Daneben gibt es spezifische Gründe für das schlechte Abschneiden der einzelnen Parteien:

### **BSP**

Die BS hatte sich in der Vergangenheit immer auf eine stabile, verlässliche Wählerschaft auch bei niedriger Wahlbeteiligung verlassen können<sup>12</sup> – jetzt war sie weggebröckelt: Die BSP ist mit 414.050 Stimmen auf ein Niveau unter das »schwarze Jahr« 1997 gefallen und hat 63% (oder 715.146 Stimmen) gegenüber den Parlamentswahlen von 2005 verloren.

Noch schlimmer ist der Unterschied zwischen den jetzigen 414.000 BSP-Stimmen und den 1,780.119 Stimmen, die in der ersten Runde der Präsidentenwahlen 2006 für Georgi Pärvanov abgegeben wurden; in der zweiten Runde erhielt er 2,050.488.

Schuld daran mag

- die von der BSP-Linken und dem Präsidenten kritisierte Politik gewesen sein, die trotz hoher makroökonomischer Wachstumsraten (aktuelles Wachstum des BIP von 6,6%) zu keiner Verbesserung der Lage des kleinen Mannes geführt hat. Die Milliardenverluste durch die Schattenwirtschaft von 15–25% und Korruption sind einfach zu hoch.
- Es mag auch sein, daß der BSP der zur Mobilisierung erforderliche Feind fehlt – und zwar schon seit der Regierung des Zaren. Dieser hatte zahlreiche BSP-Mitglieder als Minister (Paskalev, Kalčev) oder Staatssekretäre (wie die bulgarische Botschafterin Plugčieva in Berlin).
- Besonders ins Gewicht gefallen ist vermutlich die seit Ende April schwelende Korruptionsaffäre (Ovčarov-Gate) um den Wirtschaftsminister Rumen Ovčarov, den Chef der Ermittlungsbehörde Angel Alexandrov und die führenden Leute von *Bulgartabak* und der Staatsreserve, die sich immer weiter zu einem Riesenskandal auszuweiten droht, die auch andere Politiker mit sich reißen kann. Wie sehr die Regierung unter Druck steht, zeigt ihr Hilfeersuchen an die EU-Kommission, einen Ermittler nach Bulgarien zu schicken, welcher die Aufklärung dieser Fälle überwachen soll.

### **DPS**

Im Gegensatz dazu hatte Dogan nur 16,19 % (75 689 Stimmen) gegenüber 2005 verloren. Die Gründe dafür dürften sein:

- Einerseits hat das von der NDSV initiierte Verbot des »Wahltourismus« (der Stimmenabgabe der Wähler, die weniger als drei Monate vor der Wahl in Bulgarien oder einem sonstigen EU-Land gemeldet waren, Dogan Stimmen gekostet. So hat er nur 669 Stimmen aus den drei Wahlbüros in der Türkei erhalten (gegenüber 40.000 bis 50.000 Stimmen, die er sonst durch seine herangekarrten Busladungen aus der Türkei erhalten hat).
- Andererseits waren Dogans Wähler wegen der scharfen antitürkischen Angriffe, vor allem von Ataka, eher zur Stimmenabgabe motiviert.

- Zudem war es Dogan gelungen, durch alle möglichen Tricks weitere Stimmen, vor allem auch der Roma, zu mobilisieren. Die Zeitungen berichten von zahlreichen Fällen von Stimmenkauf (»ein Schuh am Eingang des Wahllokals, der andere am Ausgang«, Geldgeschenke bis zu 200 Lev, durch Druck am Arbeitsplatz usw.), so daß sich seine Verluste in Grenzen hielten. Er hat wohl auch mit Erfolg ethnische Bulgaren, vor allem Geschäftsleute (der sog. »Ring von Firmen«) mit lukrativen Aufträgen gelockt, die ihn dann finanziell unterstützten.

Ganz geheuer war Dogan jedoch die ihm überraschend für eine Nacht zugefallene Führungsrolle nicht. Er befürchtet zu Recht, daß die Antipathie der anderen Parteien, aber auch der Bevölkerung gegenüber seiner Partei durch derartige Erfolge weiter wachsen wird. Daher hat er am Wahlabend ständig abgewiegelt, er wolle auf Grund des Wahlergebnisses keine Führungsrolle, keine Änderungen der bisherigen Formel für die Ämterverteilung (3:5:8) und keine Änderung im Kabinett. Wie recht er mit seinen Befürchtungen hat, zeigen die für die Kommunalwahl geplanten Anti-Dogan-Koalitionen in gemischten Wahlbezirken wie z.B. Kărdžali.

### **NDSV**

Die NDSV hat – trotz eines guten Wahlkampfes, auch mit Hilfe der bulgarischen Eurokommissarin für Verbraucherschutz, Meglena Kuneva – gegenüber den Parlamentswahlen 83,3% verloren (120.900 gegenüber 725.300 Wähler) und gerade einen Sitz erhalten.

Dieses magere Ergebnis ist der Ausdruck des anhaltenden Wählerschwunds seit ihrer enttäuschenden Regierungszeit.

### **Ataka**

Sie hat sich mit 274.862 Stimmen am besten gehalten: ihr Verlust gegenüber 2005 betrug nur 7,4%. Dieser Erfolg ist beunruhigend, denn ihr Ergebnis wäre noch besser gewesen, hätte nicht GERB 14,9% ihrer Wähler auf sich gezogen. Beide schöpfen weitgehend aus demselben Wählerreservoir.

Allerdings hat sie gegenüber der Präsidentenwahl mehr als die Hälfte der Stimmen verloren: in der ersten Runde erhielten Siderov/Šopov 597.175 und in der zweiten Runde 649.387 Stimmen.

### **GERB**

GERB hat bei ihrem ersten landesweiten Wahlauftritt im Handumdrehen die übrigen Parteien überrundet und sich mit 419.300 Stimmen als gefährlicher Gegner für die BSP erwiesen. GERB hat in den früheren Hochburgen der UdK, den fünf Großstädten Sofia<sup>13</sup>, Plovdiv, Varna, Burgas und Ruse die Mehrheit erhalten. Auch waren die Wähler von GERB jünger und gebildeter als die der anderen Parteien.

Vor allem haben viele Wähler, die bisher andere Parteien gewählt haben, jetzt GERB gewählt: Von der NDSV 43,9%, von der UdK 29,5%, von der BNS<sup>14</sup> 25,4%, von Ataka 14,9%, von der DSB 12,6%, von der BSP 9,3% und von der DPS 1,4%.

Entscheidend für Borisov sind die nächsten Wahlen, seien es die im Herbst stattfindenden Gemeindewahlen oder die von ihm erstrebten vorzeitigen (und – wie er vorgeschlagen hat – gleichzeitigen) Parlamentswahlen. Es bleibt abzuwarten, ob er seinen bisherigen Siegeszug fortsetzen kann oder ob auch sein Glanz mit der Zeit verbleicht. Bisher jedoch steigen seine Umfragwerte.

---

## Die Entwicklung der bulgarischen Parteien<sup>15</sup>

---

### 1. Die Natur der bulgarischen Parteien

- a. Die bulgarischen Parteien sind traditionell keine staatstragenden Parteien mit einem mehr oder weniger ideologisch determinierten Programm und einer festgefühten landesweiten Organisation, sondern Instrumente der Parteiführer zur Erringung von Wohlstand für sich und ihre Anhänger, also Klientelparteien, wie fast überall auf dem Balkan. Mit dem Verschwinden ihres Bosses verschwinden sie meist auch von der Bildfläche. Oder sie spalten sich ständig, weil jeder einmal an der Futterkrippe sitzen will.

Deshalb ist auch der Begriff »politische Landschaft« für Bulgarien irreführend: denn eine Landschaft ist statisch. Ich ziehe den Begriff »politische Szene« vor, denn auf der bulgarischen Parteienszene geht es drunter und drüber.

Die meist inhaltlich nichtssagenden und sich kaum unterscheidenden Programme sind nur ein Feigenblatt, hinter der sich der Machthunger der Chefs und seiner Anhänger verbirgt. Entscheidend ist nicht das Programm, sondern das Charisma des Führers. Bis zum Erscheinen des Zaren im Jahre 2001 herrschte – anstelle von Programmen – eine scharfe Polarisierung zwischen den antikommunistischen Parteien und der BSP. Heute ist Populismus und Nationalismus, teilweise auch antiürkische Hetze an seine Stelle getreten.

Einzig die BSP besitzt eine institutionell festgefügte Organisation, die bisher von Abspaltungen weitgehend<sup>16</sup> ungeschoren geblieben ist. Die DPS dagegen, auch wenn sie gut organisiert erscheint, ist völlig auf eine Person, auf Ahmed Dogan ausgerichtet, der sie seit ihrer Gründung am 4. Januar 1990 mit eiserner Hand leitet und alle Rivalitäten im Keim erstickt hat<sup>17</sup>. Würde er seine Ankündigung vom Dezember 2006 wahr machen und zurücktreten, würde die DPS vermutlich zerfallen, da er bisher keinen Nachfolger aufgebaut hat.

- b. Die Rechtsstellung der bulgarischen Parteien ist im Gesetz über die politischen Parteien von 2001 geregelt<sup>18</sup>.

Parteien auf »ethnischer, rassischer oder religiöser Grundlage« sind nach Art. 11 Abs. 4 der Verfassung verboten. Die DPS ist diesem Verbot nur durch ein rechtlich zweifelhaftes, politisch jedoch wohl richtiges Urteil des Verfassungsgerichts (Nr. 4 vom 21. 4. 1992, DV Nr. 35/1992) entkommen. Inzwischen gibt es auch Roma-Parteien, während sich Sofia trotz mehrerer verurteilender Entscheidungen des MRGH in Straßburg weiterhin weigert, die Partei der Makedonier im Pirin, die OMO-Ilinden-Pirin, zuzulassen.

### 2. Die Parteienentwicklung seit dem 10. November 1989:

Mit dem 10. November 1989, dem erzwungenen Rücktritt Todor Živkovs endeten 45 Jahre der unumschränkten Herrschaft der Bulgarischen Kommunistischen Partei/BKP, die mit der kommunistischen Machtübernahme am 9. September 1944 begonnen hatte. Es bildeten sich neue Oppositionsparteien, die große Hoffnungen weckten, und es gab einen Runden Tisch, der ein Reformprogramm entwickelte. Doch bald kam das böse Erwachen, als sich herausstellte, daß die Nomenklatura nicht ohne Widerstand ihre Bastionen räumte und die neuen Demokraten unfähig waren, sie daraus zu vertreiben, u.a., weil sie angeblich von Kommunisten und Agenten der Staatsicherheit gegründet, finanziert oder unterwandert wurden<sup>19</sup>.

Es bildete sich 1989/1990 die Grundstruktur der bulgarischen Parteienszene heraus, wie sie auch bis heute in den Grundzügen besteht:

- Die BKP mit ihrem in BSP geänderten Namen blieb die stärkste Partei; die maßgebenden Personen blieben weitgehend dieselben.
- Die heterogenen Oppositionsgruppchen schlossen sich zur »Union der demokratischen Kräfte« zusammen.
- Die bulgarischen Türken gründeten die Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS).
- Daneben gab es noch rund 400 sonstige Mini-Parteien, die bald verschwanden.

Bis zum Jahre 2001 (Ende der Regierung Kostov und Auftritt des Zaren) wechselten Blau und Rot (UdK und BSP) sich gegenseitig ab, während die DPS das Zünglein an der Waage spielte:

Mit dem Rücktritt Filip Dimitrovs im Oktober 1992 waren die erste Reformperiode zu Ende. Es begannen unter der Regierung Ljuben Berov (mit Duldung von DPS und BSP) und unter der BSP-Regierung von Jan Videnov fünf Jahre des wirtschaftlichen und politischen Niedergangs, der Bildung mafiotischer Kreise, der kriminellen Aneignung des Staatsvermögens, der Bankenkrachs und der galoppierenden Inflation<sup>20</sup>. Trojanov<sup>21</sup> schreibt dazu: »Die Sozialistische Partei hatte ihre Aufgabe erfüllt, das Vermögen der alten BKP... in privates, juristisch unanfechtbares Eigentum zu überführen.« Im Januar 1996 versuchten die verzweifelten Menschen das Parlament zu stürmen, Videnov trat am 21. 12. 1996 zurück, und die UdK gewann die Wahlen vom 19. 4. 1997. Premier Ivan Kostov hatte eine volle Legislaturperiode Zeit (bis 2001), um die größten makroökonomischen Fehler Videnovs zu beseitigen; dies gelang auch durch die Einführung des – bis heute bestehenden – *currency boards* zur Begrenzung der Geldmenge und damit der Inflation am 1. Juli 1997.

Bis dahin hatte sich bei den großen Parteien nicht viel geändert. Allein die UdK erlitt eine Schwächung durch zahlreiche Abspaltungen, die jedoch meist an der 4%-Klausel scheiterten. Ein kurzfristiger Exot war der erste Populist, der schillernde George Gančev mit seinem Business Forum.

Im Jahre 2001 erschien wie ein »*deus ex machina*« Zar Simeon II. aus dem spanischen Exil und gründet drei Monate vor der Wahl die »Nationale Bewegung Simeon II.«: er kam, sah und siegte – mit Hilfe ungenannter Kräfte. Dies war die erste Protestwahl. Das von den bisherigen Politikern enttäuschte Volk, verarmt und geschunden, berauschte sich an seinen vollmundigen Versprechungen. Die Koalitionsregierung der NdsV mit der erstmalig aktiv an einer Regierung beteiligten DPS konnte jedoch nur einen geringen Teil ihrer Versprechungen erfüllen. Der aus dem Westen mit viel Vorschußlorbeeren importierte Zar erwies sich nicht als der erwartete strahlende Ritter zur Rettung des Vaterlandes. Wichtiger wohl waren ihm wohl die Rückgabe seiner von den Kommunisten nach dem Krieg enteigneten Immobilien<sup>22</sup> und andere Geschäfte. Er verlor die Parlamentswahl von 2005.

Nach mühsamen Verhandlungen kam es nach den Wahlen zu einer Dreierkoalition BSP (82 Sitze), NDSV (53) und der DPS (34); diese wurde zwar numerisch nicht gebraucht, wurde aber auf Betreiben des Staatspräsidenten im Hinblick auf die bevorstehende Präsidentenwahl beteiligt. Diese Regierung regiert noch heute.

Jedoch hat sich die Parteienkonstellation seit 2005 verändert. Ähnlich eruptiv wie die NDSV im Jahre 2001 tauchten zwei neue populistische Rechts-Parteien auf, die weitgehend an die Stelle der alten UdK und ihrer Abspaltungen traten und das rechte Spektrum neben der NDSV abdeckten:

## Ataka

Diese rechtsextreme, extrem antitürkische, fremdenfeindliche, antisemitische und anfangs teilweise europafeindliche Partei hat bereits kurz nach ihrer Gründung bei den Parlamentswahlen vom 25. 6. 2005 21,81% der Stimmen (296.848 Stimmen) und 21 Sitze erobert, und zwar mit Unterstützung der Hetzsendungen des TV-Senders SKAT. Sie setzte ihren Siegeszug bei den Präsidentschaftswahlen vom Okt. 2006 fort: Volen Siderov war Georgi Pärvanovs schärfster Verfolger und erzielte in der Stichwahl mit 649.387 Stimmen mehr als das Doppelte der Stimmen von 2005 (24,1%).

## GERB

Im Oktober 2005 (29. 10./5. 11. 2005) kam es bei Gemeindewahlen in Sofia zu einer zweiten Protestwahl. Es wurde ein bulliger Mann mit Bürstenschnitt im schwarzen Rollkragenpullover mit großer Mehrheit (38,11/68,50%) zum Bürgermeister von Sofia gewählt, in der bisherigen Hochburg der Blauen: der parteilose Bojko Borisov, Karatekämpfer, Feuerwehrgeneral, Ex-Leibwächter des Zaren, Ex-Inhaber einer Bewachungsfirma Ipon, Ex-Generalsekretär im Innenministerium. In dieser Eigenschaft gab er sich in zahlreichen TV-Auftritten als effizienter Saubermann gegen die Drogendealer und Geldfälscher aus und erweckte den Eindruck, er sei wichtiger als der Minister. Er wurde ein richtiger Medienstar. Der wundersüchtige bulgarische Wähler hatte einen neuen Helden: vom Zaren zum General...

Sein Hintergrund ist undurchsichtig, es gibt im Internet Hinweise auf eine zweifelhafte Vergangenheit, die kürzlich in *Congressional Quarterly* in Washington aufgegriffen wurden<sup>23</sup>. Sein Image in den USA scheint darunter weiterhin zu leiden: Borisov hatte nach seinem kürzlichen Besuch im State Department behauptet, die USA würden GERB unterstützen. Prompt folgten zwei Dementis des *Assistant Secretary of State* Daniel Fried.

Borisov ist eine merkwürdige Mischung von Kondottiere und Robin Hood, praxisnah, zupackend, volksnah. In einem Interview vom 21. 6. 2007<sup>24</sup> verfielt er eine unternehmerfreundliche Politik, wendet sich gegen die »Räuber« der DPS und bekennt, sein Ideal sei es, Polizist zu sein; er sei dem Zaren dankbar, daß er ihm dies ermöglicht habe.

Seit seiner Wahl zu OB wurde ihm keinerlei zweifelhaften Geschäfte oder Verbindungen mehr nachgesagt. Er wird u. a. von der Hans-Seidel-Stiftung unterstützt. Das Profil der im Dezember 2006 registrierte Partei ist unscharf, auch wenn die CSU-Satzung der Satzung von GERB zugrundegelegt wurde. Stanišev sagte von GERB, sie sei ein »politischer Allesfresser«: mit der Linken sei sie links orientiert, mit der Rechten rechts, mit den Nationalisten sei sie Nationalist.

---

## Die aktuellen Probleme Bulgariens

---

Es sei vorweg angemerkt, daß die geschilderten Probleme nicht allein für Bulgarien spezifisch sind. Sie finden sich *cum grano salis* auch in den meisten anderen Transformationsländern.

Die Parteien müssen sich auseinandersetzen

- mit der immer mehr wachsenden Kluft zwischen den mit der Schattenwirtschaft verflochtenen Macheliten und den politikverdrossenen, ja apathischen einfachen Bulgaren, die sich immer mehr von der Politik entfremden.

- mit dem sich gleichzeitig immer weiter öffnenden Abgrund zwischen Arm und Reich. Daran ändern auch teilweise gute makroökonomische Daten nichts<sup>25</sup>. Die Bulgaren haben 32% (2006) des durchschnittlichen EU-Einkommens<sup>26</sup> und damit das geringsten Einkommen in der EU (3260 Euro/Kopf)<sup>27</sup>.

»Kapital« (Nr. 37/2005, S. 10 ff.) hat 2005 einen Artikel unter der Überschrift veröffentlicht: »Warum hat Bulgarien seit der Wende so wenig Fortschritte gemacht?«<sup>28</sup> Genau dies ist das Hauptproblem der bulgarischen Politik, vor allem wenn man Bulgarien mit anderen Transformationsstaaten wie z.B. den baltischen Staaten oder Slowenien vergleicht.

Eine trübe, jedoch entscheidende Rolle spielen auch in Bulgarien die alten Seilschaften, die K.-P. Schwarz kürzlich in der *FAZ* (23. 5. 2007) treffend angeprangert hat. Schwarz zitiert Lenin vom Frühjahr 1918:

»Wenn eine alte Gesellschaft zugrunde geht, kann man ihren Leichnam nicht in einem Sarg vernageln und ins Grab senken. Dieser Leichnam geht mitten unter uns in Verwesung über, er verfault und steckt uns selber an.«

Dieser Fäulnisprozeß geht von den alten Seilschaften aus, die sämtliche Bereiche des Lebens durchdringen, viele Schlüsselpositionen inne haben, sich allen ihnen nicht genehmen Reformen widersetzen. Hinzu kommt ihre traditionelle Verfilzung mit dem entsprechenden ehemals sowjetischen und jetzt russischen »Milieu«. Diese Seilschaften konnten in Bulgarien durch keine Besatzungsmacht umerzogen, durch keine Revolution, durch kein »West-Bulgarien« in Schach gehalten werden. Wie zäh dieses Geschwür sitzt, wissen wir aus unseren eigenen Erfahrungen mit der Ex-DDR.

Hinzu kommt, daß diese Seilschaften auch jede Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit verhindert haben (mit Ausnahme einiger fruchtloser gesetzlichen Lustrationsmaßnahmen und der Anklage gegen Todor Živkov, Andrej Lukanov und einige andere). Es gibt in Bulgarien keine Gauckbehörde, die Öffnung der Stasiakten ist erst kürzlich unter einschränkenden Voraussetzungen beschlossen worden und scheint auch aus organisatorischen Gründen (keine Gebäude für die Kommission, das Innenministerium hat die Akten noch nicht übergeben) nicht zu funktionieren, abgesehen davon, daß die meisten brisanten Akten längst verschwunden sein dürften und vermutlich ein unheilvolle Rolle<sup>30</sup> spielen.

Bemerkenswert ist auch, daß Ahmedi Dogan bisher nicht verlangt hat, daß die die für den »Wiedergeburtprozeß« Verantwortlichen vor Gericht gestellt wurden. Etwa weil er mit seinem früheren Vernehmungsoffizier, dem zurückgetretenen Leiter der Ermittlungsbehörde, Angel Alexandrov, angeblich »befreundet« ist<sup>31</sup>?

Neuerdings sind im Internet zwei hoffnungweckende Nachrichten aufgetaucht:

- Es gibt ein Projekt »Bulgarischer Kommunismus – kritische Forschungen«, das von der Soros-Stiftung, verschiedenen anderen NGOS und Universitätsinstituten gefördert wird<sup>32</sup>.
- Ein weiteres Projekt ist das von den Professoren Petar Emil Mitev, Ivajlo Znepolski und anderen geförderte »Institut für die Erforschung der nahen Vergangenheit«<sup>33</sup>.

---

### Fehlende Rechtsstaatlichkeit

---

Das größte Übel aber ist das Fehlen einer Rechtsstaatlichkeit, die den ausufernden korrumpierten Filz der kriminellen Egoisten keine Schranken setzt, das überwiegen-

de Versagen der Justiz (auch der Zivil-, vor allem aber der Strafjustiz), der Staatsanwaltschaft und der Ermittlungsbehörde. Das Recht ist die Magd der Mächtigen, der kleine Mann hat in diesem Räderwerk keine Chance.

Der neue Generalstaatsanwalt Velčev scheint bei seinem Bemühen, den Augiasstall aufzuräumen, überall auf Barrieren zu stoßen; außerdem ist zu erkennen, daß es mit dem von ihm versprochenen »Mut vor Fürstenthronen« auch nicht weit her ist, wie die Schonung seines Vorgängers Filčev, sein Verhalten im Falle Vasil Božkov (der unklaren Herkunft seiner Antiquitäten), des angeblichen Selbstmordes von Mitarbeitern des Nationalen Sicherheitsdienstes (Božidar Dojčev u. a.) zeigen<sup>34</sup>. Seinen Vorgänger Filčev, der u. a.<sup>35</sup> für die unglaublichen Zustände in der StA verantwortlich war, hat der Staatspräsident als Botschafter in die Mongolei geschickt, ohne ihn zur Rechenschaft zu ziehen. Bisher ist noch keiner der Täter der über 200 Auftragsmorde zur Verantwortung gezogen worden – am 12. 7. 2007 ist erneut auf offener Straße in Sofia ein Attentat auf den Geschäftsmann Manol Veleve verübt worden, der dem Präsidenten nahesteht. Zehntausende Straftaten können nicht mehr verfolgt werden, weil sie mangels Verfolgungshandlungen der Staatsanwaltschaften oder Gerichte verjährt sind.

Der Oberste Justizrat/OJR, das Aufsichtsorgan der Justiz, ist ineffizient, weil er ein Spiegelbild der Machteliten ist; wenigstens soll er jetzt durch die geplante Neufassung des Gerichtsverfassungsgesetzes in ein Organ umgewandelt werden, dessen Mitglieder hauptamtlich tätig sind. Das durch die 4. Verfassungsänderung auf Druck Brüssels eingeführte neue Inspektorat dürfte eine Totgeburt sein: denn wer kontrolliert die Kontrolleure, wie ist ihr Verhältnis zum OJR, wer kann sie abberufen?<sup>36</sup>

Bezeichnend sind auch die zahlreichen Urteile des MRGH in Straßburg, die gegen Bulgarien ergehen, die aber zu keiner Änderung der beanstandeten Praxis führen<sup>37</sup>.

Der Rechtlosigkeit wird die Politik und Justiz in ihrem jetzigen Zustand nicht Herr werden. Dabei wird eine radikale Reform der Justiz die Hauptaufgabe der Parteien bleiben: wegen des – hoffentlich wachsenden – Drucks aus Brüssel. A la longue ist zu hoffen, daß eine neue Mittelschicht die Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit erkennt. Es kann auch sein, daß allmählich auch die »businessmen«, die Träger der Schattenwirtschaft, Rechtsicherheit brauchen, um ihre Beute zu sichern.

Ich nehme daher an, daß auf längere Sicht jene Parteien die Wählergunst gewinnen werden, die – neben sozialen Verbesserungen – für eine effiziente Justiz sorgen werden. Dies wäre durch eine bessere Bezahlung der Richter und Staatsanwälte und die unnachsichtige Ahndung von Rechtsverstößen möglich. Letzteres dürfte schwierig werden.

Daher ist zweifelhaft, ob dieser Wandel kurzfristig allein von »innen« erfolgreich sein kann, wie Barroso empfiehlt: zu stark sind die Verfilzungen der Akteure, zu hoch ihre Stellung. Vielleicht sollte die EU-Kommission daher den Wunsch des bulgarischen Premiers, einen Beobachter für die Klärung von Ovčarov-Gate zu schicken, aufgreifen und daraus eine ständige Beobachter-Mission für den Justizbereich machen – eine Art juristisches currency board. So ließe sich vielleicht am ehesten ein allmählicher Wandel herbeiführen.

Leider ist bei allen Parteien, ja in der ganzen Gesellschaft das Bewußtsein für die Bedeutung eines Rechtsstaats völlig unterentwickelt. Bulgarien hat während der Zarenzeit keine rechtsstaatliche Tradition entwickelt. Das von den Türken ererbte Verhalten wurde während der kommunistischen Zeit weiter pervertiert. Heute nimmt die

Gesellschaft die Mißachtung des Rechts apathisch hin. Nur so ist das ganze Ausmaß der Rechtsmisere überhaupt verständlich<sup>38</sup>.

All das scheint man in Brüssel und den anderen Hauptstädten zu spät zur Kenntnis genommen haben oder nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Immerhin hat jetzt auch Erhard Busek<sup>39</sup> anerkannt, daß Brüssel »bei Rumänien und Bulgarien ein wenig zu spät begonnen hat, strikte Meßblatten... anzulegen«. Wenn ich in den vergangenen Jahren die Fortschrittsberichte gelesen habe, habe ich mich häufig gefragt, über welches Land spricht der Bericht eigentlich.

Hätte man sich strikt an die Kopenhagener Kriterien (Rechtsstaatlichkeit, Minderheiten usw.) und an die Realität, nicht an die von den Kandidaten aufgebauten Potemkinschen Dörfer gehalten, hätte wohl mancher Beitritt zu diesem Zeitpunkt nicht stattfinden können. Jetzt gibt es bereits Befürchtungen, die schlechten Erfahrungen mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens würden die Beitrittschancen der anderen Balkanstaaten bedrohen<sup>40</sup>. Außerdem zeigt das Beispiel der Entlassung der – von Brüssel unterstützten – rumänischen Justizministerin Macovei, daß Brüssel nach dem Beitritt wenig Druckmittel in der Hand hat<sup>41</sup>. Auch der letzte Fortschrittsbericht der EU-Kommission vom 20. Juni 2007 ist enttäuschend<sup>42</sup>.

---

### Brüsseler Illusionen

---

Brüssel erkennt nicht, daß es einflußreiche Kreise in Sofia zu geben scheint, die den EU-Beitritt nicht wirklich wollen, weil er ihre Geschäft stört. Diese spielen auf Zeit und hoffen, daß sie ungeschoren über die drei Jahre bis 2010 hinwegkommen, da Brüssel ihnen keine Auflagen mehr machen kann. Anders ist die mangelnde Reformbereitschaft nicht zu erklären.

Brüssel müßte weniger hehre abstrakte Forderungen erheben als vielmehr darauf bestehen, daß konkrete aktuelle Fälle von Rechtsverletzungen aufgeklärt und bereinigt werden, wie z. B. Ovčarov-Gate oder der Fall des deutschen Geschäftsmannes, dem sein Kompagnon mit Hilfe eines pflichtvergessenen Notars und einer ebenso pflichtvergessenen Registerrichterin seinen Grundstücksanteil abgeschwindelt hatte und dem bulgarische Gerichte seit über zwei Jahren sein Recht verweigern – mit Begründungen, die reine Rechtsbeugung sind. Nachzulesen in zwei Artikeln der Chefredakteurin Betti Ganeva im »Wirtschaftsblatt« Nr. 4 und 5/2007 unter dem anschaulichen Titel: »Wer hat Justitias Augenbinde geklaut?«

Der bisherige Weg Bulgariens nähert sich einer Sackgasse. Ein Ausweg ist schwer zu finden, weil die Mitglieder der »herrschenden Kaste«, gleichgültig ob in der Regierung oder in der Opposition, sich mental kaum unterscheiden. Sie folgen den gleichen Verhaltensmustern. Alternative Persönlichkeiten sind bisher nicht erkennbar.

Ich kann auch der Meinung von Erhard Busek<sup>43</sup> nicht folgen, daß die »Brüsseler Perspektive und die NATO die eigentliche Kraft zur Veränderung bedeutet«: jedenfalls gilt dies für Sofia nicht. Man hat im Gegenteil den Eindruck, daß die maßgebenden Hintermänner einerseits wirkliche Änderungen hintertreiben und die gutwilligen andererseits zu schwach sind, sie ohne energisches Durchgreifen von Brüssel daran zu hindern. Das Ergebnis ist: Sofia mauert. Seit Jahren tauchen immer wieder dieselben Beanstandungen in den Fortschrittsberichten auf, ohne daß sich etwas ändert. Es ist nicht daran zu denken, daß es in Sofia eine Äußerung wie die des rumänischen Staatspräsidenten gibt, der gesagt hat, »die Rumänen sind dazu verflucht, zwischen zwei

Kommunisten wählen zu müssen<sup>44</sup>. Oder daß es eine bulgarische Justizministerin wie Frau Macovej geben könnte – was auch immer man über die frühere Tätigkeit dieser beiden Politiker sagen mag.

Bulgarien hat viele Geschäftsleute, jedoch wenig Staatsmänner. Es fehlen junge neue Gesichter, die nicht durch die Živkov-Zeit und die Nachwendezeit geprägt sind. Die Besten – über eine Million – sind bereits seit langem ausgewandert, weil sie in Bulgarien keine Zukunft mehr sehen, wenn sie ehrlich bleiben wollen<sup>45</sup>.

Bulgarische Romanciers wie Ilija Trojanov (»Hundezeiten« und jetzt »Die fingierte Revolution«), Dimitar Dinev (»Engelszungen«), Vladimir Zarev (»Razruha« usw.) haben diesen »Verfall« des Landes bereits seit langem beschrieben, ebenso wie Politologen – anscheinend lesen Politiker weder Romane noch politische Literatur.

---

### Mutmaßliche Entwicklung der Parteien nach der Europawahl

---

Die Folge der Vernachlässigung dieser Probleme zeigen die Ergebnisse der Europawahl: Die Wähler spielen nicht mehr mit. Die Parteien sind jetzt aufgerufen, sich zu besinnen und eine Umkehr einzuleiten. Wird ein »Ruck« durch die Parteien gehen? Die Antwort ist je nach Partei unterschiedlich.

1. Eines ist sicher: die traditionellen rechten Parteien haben endgültig abgewirtschaftet, selbst wenn sie sich wiedervereinigen und die zurückgetretenen Petăr Stojanov, Ivan Kostov und Stefan Sofianski wirklich von der Bildfläche verschwinden. Sie haben lange genug die Geduld und Leidensfähigkeit der Bulgaren strapaziert. Viele ihrer Mitglieder sind bereits zur GERB übergewechselt (29,5 der SDS, 25,4% der BNS und 12,6 der DSB).

2. Auch die NDSV verliert immer mehr an Gewicht. Die – gegen die DPS gerichtete – Initiierung des Wohnsitzerfordernisses hat ihr bei den Europawahlen kaum geholfen. Das Wahlergebnis jedoch hat zu einem Aufstand gegen den Zaren geführt. Die Partei droht wegen Meinungsverschiedenheiten über die Fortsetzung der Koalition zu zerbrechen. Auf dem 3. Parteitag am 6. 6. 2007 kam es zu einer Fronde eines großen Teils der Parlamentsfraktion (die Juristen unter Fraktionschef Plamen Panajotov, Ognjan Gerdžikov, Bildungsminister Daniel Vălčev u. a.) gegen Simeon und seinen Vertrauten Milen Velčev. Sie behaupten, die Abstimmungen auf dem Kongreß seien rechtswidrig zustande gekommen.

Die meisten von ihnen unterstützten auch den Aufruf des ehemaligen Außenministers Salomon Pasi, die Partei solle die Koalition verlassen. Dies hat zu einer scharfen Reaktion des Zaren geführt; schließlich aber hat er sich darauf beschränkt, den Rücktritt der alten Führungsspitze durchzusetzen. Damit sind jedoch die Meinungsverschiedenheiten über die Fortsetzung der Koalition nicht entschieden. Außerdem ist fraglich, ob die auf dem Kongreß erfolgten Änderungen der Parteispitze vom Gericht anerkannt und eingetragen werden.

Die Namensänderung (Nationale Bewegung für Stabilität und Fortschritt) und seine Äußerung bei der Verleihung eines hohen bulgarischen Ordens am 29. 6. 2007 deuten auf eine künftigen Rückzug des Zaren, obwohl er auf dem 3. Kongreß wieder zum Vorsitzenden gewählt worden war. Die Partei hat wohl weder mit dem Zaren noch ohne ihn langfristig Chancen. Mit ihm wird sie vielleicht bis zum Ende der Legislaturperiode überleben. Ohne den Zaren verliert sie ihre *raison d'être*, und wird sich spalten oder möglicherweise in der GERB aufgehen.

---

## Ungewisse Zukunft der Sozialisten

---

3. Das weitere Schicksal der BSP ist offen:

Eine Zeitung schrieb<sup>46</sup>, die BSP gerate in ihre »blaue Periode« unter Anspielung auf die zahlreichen Streitigkeiten und Abspaltungen der »blauen« UdK.

Um ihr ideologisches Profil wird gestritten: Präsident und Parteilinke unter Janaki Stoilov werfen der Führung eine zu unsoziale, zu rechte Linie vor. Eine neue kritische Note brachte Frau Dončeva kürzlich auf, als sie der Partei im Zusammenhang mit Ovčarov-Gate vorwarf, sie werde von außenstehenden »businessmen« (SIK) beeinflusst.

Die BSP wird die offene Auseinandersetzung mit ihrem linken Flügel und den »Dinosauriern« nicht vermeiden können. Dies kann zum Bruch, jedoch auch endlich zum Entstehen einer sozialdemokratischen Partei führen.

Stanišev hat bisher vorsichtig erkennen lassen, daß er in diese Richtung gehen möchte. Er scheint sich immer mehr von seinem Ziehvater Georgi Pärvanov und den Fesseln der Partei und der DPS zu befreien. Er dürfte das Zeug dazu haben, die BSP und vielleicht auch Bulgarien zu reformieren – erstaunlich für den Sohn eines ZK-Sekretärs unter Živkov.

Folgende weitere Änderungen hat er in die Wege geleitet:

Der bisher nur beurlaubte Wirtschafts- und Energieminister Rumen Ovčarov sowie der Justizminister Georgi Petkanov von der NDSV sind zurückgetreten und am 13. 7. durch den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Petăr Dimitrov (BSP) und die ehemalige stellvertretende Justizministerin Miglena Tačeva (NDSV) ersetzt worden. Eine Neubildung der Regierung soll im Juli folgen.

Auf Staniševs Wunsch ist das gesamte Exekutivbüro (Präsidium) der BSP zurückgetreten.

Daraufhin hat er sich auf dem Plenum vom 30. 6. elegant Ellenbogenfreiheit verschafft, indem er die seine Stellvertreter abschaffte. Damit hat er vor allem die beiden Rumen (Innenminister Rumen Petkov und Wirtschaftsminister Rumen Ovčarov), den Parlamentspräsidenten Georgi Pirinski und Ivelin Nikov und Dimităr Dăbov entmachtet. An Stelle der Vertreter wurden sechs Sekretäre<sup>47</sup> eingeführt. Dem neuen Exekutivbüro gehören neben Stanišev und den sechs Sekretären die beiden Rumen (Petkov und Ovčarov), Semra Izetova (erstmal eine Türkin), Svetla Bačvarova (stellv. Landwirtschaftsministerin), Kiril Dobrev (der Sohn des 1997 gestorbenen Innenministers Nikolaj Dobrev) und Denica Zlateva an.

Die Gründung einer Nationalen Sicherheitsagentur zur Bekämpfung der Korruption und OK wurde angekündigt. Damit will Stanišev seinen anderen Widersacher, den Innenminister Rumen Petkov, entmachten, indem er ihm die Aufsicht über den Inlandsnachrichtendienst entzieht. Außerdem soll der militärische Nachrichtendienst und der Finanz-Nachrichtendienst einbezogen werden.

Dem DPS-Minister für Landwirtschaft wurde – wegen der vielen illegalen Abholungen – die Zuständigkeit für die Wälder entzogen – ein mutige Entscheidung Staniševs gegenüber Dogan.

Stanišev berief am 15. 6. den Außerordentlichen 46. Kongreß der BSP ein, der eine sozialere Politik (Einführung einer Vermögenssteuer und einer Flat-Tax, Verringerung der Sozialbeiträge (z. Z. 36%), Förderung der Bildung usw.) beschlossen hat. Eine Zeitung sprach davon, die BSP sei ein kollektiver »Robin Hood« geworden (Petăr

Dimitrov)<sup>48</sup>. Stanišev wies aber immer wieder darauf hin, daß dadurch nicht die Staatsfinanzen destabilisiert werden dürften, die schon zu 68% für soziale Zweck verendet würden.

Der Kongreß verlief überraschenderweise so friedlich, daß ein Kommentator fragte, ob er nicht überflüssig gewesen sei. Die Gründe für das schlechte Wahlergebnis wurden nicht diskutiert, die grundsätzlichen Differenzen wurden ausgeblendet – die erwartete »Nacht der Längeren Messer« fand nicht statt – und ihre Lösung angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen auf später verschoben.

---

### **Türkenpartei kontra gestärkte Rechtsextreme**

---

4. Die DPS ist stärker als je zuvor, hat ihr Wählerpotential aber wohl fast ganz ausgeschöpft.

Dogan ist der wohl erfolgreichste, wenn auch der von den wenigsten Skrupeln gebremste bulgarische Politiker<sup>49</sup>. Es war im übrigen ein geschickter Schachzug, die DPS gegenüber Brüssel als liberale Partei auszugeben – angesichts der völlig fehlenden demokratischen Strukturen im Inneren der Partei der reinste Hohn. Seine Ankündigung vom 15. 12. 2006 zurücktreten zu wollen, hat er bisher nicht wahrgemacht, vermutlich aus Furcht, die Partei werde diesen Schritt nicht überleben.

Es ist ihm gelungen, mit Druck, Überredung, Stimmenkauf usw. seine Wählerbasis zu halten, ja in den Bereich der Roma zu erweitern; die hemmungslosen Angriffe von Ataka haben dabei geholfen.

Zudem versucht er mit einem gewissen Erfolg die ethnischen Schranken zu sprengen und ethnische Bulgaren an sich zu ziehen. Vor allem Unternehmer lassen sich mit lukrativen Aufträgen locken.

Er wird weiterhin mit seinen rund 10% der Stimmen ein wichtiger Faktor der Politik sein. Gleichzeitig wird er leicht ins Abseits geraten angesichts seiner wachsenden Unbeliebtheit. Dies zeichnet sich bereits jetzt bei der Vorbereitung der Gemeindevahlen ab: Die übrigen Parteien (außer der BSP) unter Einschluß von Ataka bilden in der Türkenhochburg Kärđžali bereits eine Koalition gegen die DPS.

5. Ataka wird ebenfalls zunächst weiterbestehen, solange die Regierung das Protestpotential nicht abbaut. Sie wird jedoch vermutlich nicht weiter wachsen. Der ähnliche, wenn auch moderatere Populismus von Bojko Borisov wird ihr das Wasser abgraben. Allerdings hat Volen Siderov inzwischen auch in einigem zurückgesteckt (keine Proteste beim Besuch von George Bush, versöhnliche Worte gegenüber der EU usw.). Er wird weiter den »Hecht im Karpfenteich« spielen und ist zu vielen Wandlungen fähig. Insofern können von ihm durchaus Impulse ausgehen. Gefährlich könnte seine kompromißlose Anti-DPS-Haltung werden, da sie bei vielen Wählern auf großes Verständnis stößt. Es ist zu hoffen, daß dadurch keine ethnischen Unruhen ausgelöst werden.

6. GERB wird die stärkste Partei werden (falls Borisov nicht durch irgendwelche Enthüllungen völlig diskreditiert wird). Sie wird mit national-populistischen Versprechungen wie ein Schwamm sämtliche Versprengten aus den anderen – vor allem rechten – Parteien wie der UdK und ihren Relikten, der Ataka und der NDSV aufsaugen und eine rechts-nationale, vielleicht auch zentristische Partei werden.

Allerdings wird sie auf Koalitionspartner angewiesen sein. Der wichtigste wird die – vielleicht reformierte – BSP sein. Die DPS scheidet wohl aus, da die Abneigung

zwischen Borisov und Dogan unüberbrückbar zu sein scheint. Doch – in der bulgarischen Politik ist ja vieles möglich. Dagegen ist eine Koalition mit Ataka denkbar, denn in ihrem Anti-Dogan-Affekt stimmen Borisov und Siderov überein.

Es bleibt abzuwarten, ob Borisov noch einmal für den Bürgermeisterposten in Sofia kandidieren wird, oder ob er sich für die kommenden – vorgezogenen oder gewöhnlichen – Parlamentswahlen vorbereiten will, in dem er endlich den Vorsitz von GERB übernimmt, die z. Z. von seinem Statthalter Cvetanov geführt wird. Er scheint dazu zu neigen, erneut in Sofia zu kandidieren, um den vermutlichen BSP-Kandidaten (und BSP-Parteichef von Sofia) Rumen Ovčarov zu schlagen: damit würde er gleichzeitig Stanišev helfen, den diskreditierten Rivalen endgültig zu entmachten und sich den Weg zu einer Koalition mit der BSP ebnen.

Die nahe Zukunft wird Dimitar Stanišev und Bojko Borisov gehören. Eine Koalition von GERB mit einer reformierten BSP sowie möglicherweise mit Ataka ist wahrscheinlich. Dogan wird vermutlich nicht mehr an der Macht beteiligt sein. Die restlichen Parteienreste werden mit GERB verschmelzen. Gleichzeitig wird Präsident Georgi Pärvanov versuchen, die Politik stärker zu beeinflussen (siehe unten).

---

### Hoffen auf unbelastete Politiker

---

7. Auf länger Sicht ist zu hoffen, daß endlich jüngere, von der Vergangenheit unbelastete Politiker das Ruder übernehmen, die aus neu entstehenden Parteien der gebildeten Mittelschichten kommen. Diese werden sich möglicherweise aus den sich jetzt formierenden bürgerlichen Vereinigungen herausbilden. So wie es z. B. bei GERB geschehen ist. Diese haben den Vorteil, daß Mitglieder von Parteien sich ihnen anschließen können, ohne ihre alten Parteien verlassen zu müssen; so könnte der Nucleus von künftigen zukunftsweisenden bürgerlich-liberalen Parteien entstehen:

- Abadžiev, der Vertreter Kostovs in der DSB, hatte bereits Ende 2006 Kostov den Rücken gekehrt und eine eigene Vereinigung EDP (Bürgerliche Vereinigung europäischer demokratischer Weg) gegründet. Sie besteht aus jungen Leuten, meist Hochschulabsolventen.
- Ähnliche bürgerliche Vereinigungen sind weiter im Entstehen. So z. B. Businessgruppen in Burgas, Varna und Nesäbr (Unserer Stadt, Die Stimme usw.).
- Seit dem 14. 6. macht eine »Vereinigung für die nationale Demokratie« des Historikers Prof. Georgi Bakalov von sich reden. Grundlage dieser neuen Bewegung ist die bisherige Partei »Bund Radikale« (Sojuz radikali) des ehemaligen UDK-Funktionärs Evgenij Bakardžiev. Weitere aus der UdK stammende Mitglieder sind Georgi Markov und Ivan Kolčakov, ferner Prof. Grigor Velev.
- Auch der Präsident versucht immer stärker, das Geschehen zu beeinflussen, gestützt auf seinen – weitgehend unabhängig von der BSP errungenen – Wahlsieg. Möglicherweise will er sich damit eine politische Plattform nach Ablauf seines Mandats im Jahre 2011 schaffen, obgleich der Präsident dies immer wieder dementiert.

Immerhin hat einer seiner Berater, Prof. Dr. Dimitar Ivanov, eine »Nationale Bürgervereinigung für ein neues Bulgarien« vorgestellt. Ziel der Vereinigung ist, das »oligarchische Modell« zu beseitigen und eine bürgernähere Politik zu betreiben.

Der Präsident versucht auch durch andere Initiativen, das politische Geschehen zu beeinflussen. So hat er am 3. 6. die Gründung eines Nationalen Komitees von Intellektuellen initiiert, das die Wiederwahl von erfolgreichen Bürgermeistern unabhängig von deren Parteizugehörigkeit fördern soll. Allerdings ist diese Initiative auf scharfe Kritik gestoßen: Maria Kapon (früher Demokratische Partei, jetzt in der EDP von Abadžiev) bezeichnet sie als den Versuch, eine »Partei der Regionen« zu gründen und damit einer »Putinisation des Landes« Vorschub zu leisten<sup>50</sup>.

Am 15. 6. hielt er eine große Wirtschaftskonferenz über die künftige Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik ab.

Ob sich diese Aktivitäten gegen Stanišev richten oder in Absprache mit diesem erfolgen, ist noch unklar.

---

### Änderungsprozess der Gesellschaft

---

Die Parteien werden sich ändern müssen, weil die bulgarische Gesellschaft sich zu ändern beginnt. Es wächst das Bedürfnis, die seit achtzehn Jahren ausgetretenen Pfade zu verlassen. Das Ergebnis der Europa-Wahl hat einiges in Bewegung gesetzt (Aufstand gegen den Zaren, Staniševs Emanzipation, Abtritt der alten Garde der UdK). Der Generationenwandel wird ein übriges tun.

Die bulgarische Gesellschaft macht vorsichtige Schritte in Richtung auf eine *civil society*. Die Bürger werden selbstbewußter, wie die neuen politischen Vereinigungen zeigen, aber auch die zunehmende Wahlenthaltung und die massiven Streiks auf fast allen Sektoren. Besonders bemerkenswert ist die seit kurzem aktive Bürgerbewegung (»Die Jungen und die Grünen«), die sich durch massive Streiks und Straßenblockierungen für die Beibehaltung des Schutzes des Naturparks Strandĭa einsetzt. Das Oberste Verwaltungsgericht hatte diesen Schutz aus formalen Gründen aufgehoben und dies löste einen landesweiten Proteststurm aus. Er hat dazu geführt, daß das Parlament unverzüglich (13. 7.) ein Gesetz zum Schutz sämtlicher Naturparks erlassen hat.

Vorzeitige Parlamentswahlen (also vor den regulären Wahlen 2009) werden die Regierungsparteien nach Möglichkeit vermeiden – die Gemeindewahlen und zu viele geschäftliche Interessen stehen auf dem Spiel. Deshalb werden sie z. Z. auch Spaltungen aus dem Wege gehen. Dies zeigte die Konfliktvermeidung bei NDSV und BSP: der friedliche BSP-Kongreß vom 15. 6. und die vorläufige Lösung des Konflikts zwischen dem Zaren und der NDSV-Fraktion am 20. 6. Eine eventuelle Spaltung der NDSV würde im übrigen kaum zu Neuwahlen führen, weil die dem Zaren verbleibenden Abgeordneten für eine Mehrheit von 121 Sitzen ausreichen werden. Es sind dafür nur fünf Abgeordnete für die Mehrheit von 121 Stimmen erforderlich, da BSP mit 82 und die DPS mit 34 Mandaten über 116 Sitze verfügen.

Sinnvoll wäre – und das kann nicht stark genug betont werden – eine stärkere Führung und Anleitung von außen, falls dies noch möglich ist. Barrosos Meinung, die Staaten müßten von innen (»durch die Bürger, die Wirtschaft und die anderen Mitgliedsstaaten«) die Reformen in die Wege leiten,<sup>51</sup> ist im Regelfall richtig. Bulgarien ist jedoch kein Regelfall. Um mit Jürgen Roth zu sprechen: »In Bulgarien trifft die Befürchtung zu, daß diese Organisierte Kriminalität sich bereits als Wirtschaftsform und als politisches Prinzip etabliert hat.«<sup>52</sup>

In Bonn sagte Frau Antoineta Pramatarova von der bulgarischen »Stiftung für liberale Studien« vor einigen Tagen, die Bulgaren erhofften sich eine kräftigere Unterstützung von außen, z. B. von der Kommission, um die internen Widerstände zu überwinden. Auf den Feldern, wo es keinen *Acquis communautaire* gibt (der Vorbildfunktion habe), sei dies für die Bulgaren schwierig. Vor allem für die Justizreform wäre eine dem »currency board« vergleichbare Institution erforderlich. Man könnte auch daran denken, dem Ombudsman oder dem Obersten Justizrat einen Beauftragten der Kommission mit Sondervollmachten zur Seite zu stellen. Man sollte Bulgarien auf keinen Fall sich selbst überlassen.

Man erinnere daran, daß der makedonische Ministerpräsident Gruevski aus den gleichen Gründen (Kampf gegen Korruption und OK) gefordert hatte, den Generalstaatsanwaltschaftsposten in Skopje mit einem Italiener zu besetzen – er konnte sich damit jedoch intern nicht durchsetzen. Immerhin hat er jetzt die wegen ihrer radikalen Reformen abgesetzte rumänische Justizministerin Monica Macovej zu seiner Beraterin bei der Bekämpfung der Korruption gemacht – ein mutiger Schritt, der zeigt, daß Skopje es ernst meint. Es wäre erfreulich, wenn von Sofia das gleiche gesagt werden könnte.

#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> s. u. a. Jürgen Roth, Die bulgarischen Geheimdienste – das Dach der organisierten Kriminalität, in: Wirtschaftsblatt Nr. 5/2007 S. 6/7.
- <sup>2</sup> Über die Hintergründe s. Ilija Trojanov, Die fingierte Revolution, dtv 2006, S. 133 ff. (136).
- <sup>3</sup> Bis dahin hatten rechtsextreme Parteien in dem toleranten Bulgarien keine Chance: weder die »Vazraždane« des faschistischen Priesters Gelemenov noch das antitürkische »Verfassungsforum« von Nikolaj Genčev.
- <sup>4</sup> Graždani za evropejsko razvitie na Bulgaria.
- <sup>5</sup> Dimităr Zlatkov, Smerтта na golemite bosove (Der Tod der großen Bosse), S. 324 ff.
- <sup>6</sup> Klaus Schrameyer, Nach dem Zaren ein General?, in: WGO-MfOR 5/2005, S. 323. Borisov war nach dem Rücktritt von Bürgermeister Sofianski am 29. 10./5. 11. 2005 mit 38,11% bzw. 68,5% (Stichwahl) zum Bürgermeister von Sofia gewählt worden.
- <sup>7</sup> An der Präsidentenwahl vom 22./26. 10. 2006 hatte Borisov nicht teilgenommen.
- <sup>8</sup> Klaus Schrameyer, Schwierige Regierungsbildung nach den Parlamentswahlen vom 25. Juni 2005, in: WGO-MfOR 3/2005, S. 162 ff. Das Ergebnis war: 82 Sitze für die BSP, 53 für die NDSV, 34 für die DPS, 21 für Ataka, 20 für die ODS, 17 Sitze für die DSB und 13 Sitze für die BNS (Koalition von Sofianski, Moser und Karakačanov).
- <sup>9</sup> Batak ili smärt (Batak oder der Tod), red. Kommentar in Kapital Nr. 17 vom 28. 4. 08 S. 7.
- <sup>10</sup> Sabine Riedel, Das politische System Bulgariens, in: Wolfgang Ismayr, Die politischen Systeme Osteuropas (Hrg), 2002, S. 579. – Christian Autengruber, Die politischen Parteien in Bulgarien und Rumänien, Stuttgart, 2007, S. 150 ff.
- <sup>11</sup> Dimităr Denkov, Die Wahlen und eine unangenehme Wahrheit«, in: www.segabg.com vom 24. 5. 07
- <sup>12</sup> auf die »červeni babiāki i červeni mobifoni«, d. h. die roten Omas und die roten Handys (der Mafioten).
- <sup>13</sup> Allerdings hatte Borisov 2006 in bei der Bürgermeisterwahl Sofia in der Stichwahl 223.577 Stimmen erhalten, jetzt nur 73.514.
- <sup>14</sup> Balgarski naroden sojuz, Koalition bestehend aus den Parteien von Sofianski, (Liberale Partei), Moser (Bauernpartei) und Karakačanov (VMRO).
- <sup>15</sup> Klaus Schrameyer, Die bulgarischen Parteien, in: SOE 6-7/1994 S. 336 ff.; Christian Autengruber, Die politischen Parteien in Bulgarien und Rumänien, Stuttgart 2007.
- <sup>16</sup> Es gab einige Renegaten wie Alexander Tomov, Nikolaj Kamov (Sozialdemokraten) u. a.
- <sup>17</sup> Klaus Schrameyer, Ahmed Dogans Rolle in der bulgarischen Politik, in: SOE 3/2005, S. 356 ff. (358 und 360).

- <sup>18</sup> Siehe die Kommentierung und Übersetzung des Gesetzes in der Fassung von 2001 (Daržaven Vesnik/DV Nr. 30/2001) von Miroslav Angelov, in: Jahrbuch für Ostrecht/JOR 4/2003 S. 161 ff. und 249 ff. Inzwischen ist das Gesetz (vor allem wegen der Finanzierung der Parteien) mehrfach geändert worden: DV 28/2005, 102/2005, 17/2006 und zuletzt 73/2006.
- <sup>19</sup> »Plan klin« (Plan Keil), s. u. a. Ilija Trojanov, Die fingierte Revolution aaO. S. 62 ff.
- <sup>20</sup> H. Brahm/J. Deimel, Bulgarien, in: Vom Baltikum zum Schwarzen Meer, München 2002, S. 197 ff. (213).
- <sup>21</sup> Ilija Trojanov, Die fingierte Revolution aaO. S. 136.
- <sup>22</sup> Die Linken in der BSP versuchen immer noch, die Rückgabe der Objekte rückgängig zu machen: Dagegen verlangt der Zar noch ein weiteres Gut (Kričim bei Plovdiv). Bisher hat er fünf Objekte zurückbekommen (Jekaterina Terzieva, Der Zar verlangt vom Staat die Rückgabe noch eines Gutes, in [www.segabg.com](http://www.segabg.com) vom 20. 6. 07. Dies ist wohl der Grund für sein Verbleiben in der Koalition, auch wenn er dies bei der Ordensverleihung am 29. Juni 2006 bestritten hat ([www.mediapool.bg](http://www.mediapool.bg) vom 29. 6. 07).
- <sup>23</sup> Die Zeitung hat ähnliche Beschuldigungen Ende Juni 2007 vor allem gegen seine Lebensgefährtin Zvetelina Borislavova wiederholt; allerdings hält sie selbst Kapital für unbegründet (Pavlin S. Žotev, Mit Platzpatronen gegen das Image von Bojko Borisov, in: Kapital Nr. 24 vom 22. Juni 2007, S. 6).
- <sup>24</sup> Velislav Nikolov, Ich verspreche nichts, und das ist der Unterschied zu Stanisev, in: [www.segabg.com](http://www.segabg.com) vom 21. 6. 2007.
- <sup>25</sup> Handels- (-22,1 2007) und Leistungsbilanzdefizite (-16,6 2007) geben allerdings Grund zur Besorgnis.
- <sup>26</sup> Wirtschaftsblatt Nr. 6/2007 S. 17.
- <sup>27</sup> Bulgarien wird z. Z. von einer Welle von Streiks (der Lehrer, des medizinischen Personals, der Bergleute usw.) heimgesucht, deren Forderungen die Stabilität des Finanzsystems gefährden können. Dabei werden laut Stanisev bereits 68% des Budgets für soziale Zwecke ausgegeben.
- <sup>28</sup> Siehe dazu meinen Artikel in: WGO-MfOR 3/2006 S. 170 ff.
- <sup>29</sup> Interessant die Äußerungen der BSP-Abgeordneten Dončeva, daß Geschäftsleute die Politik beeinflussen. Siehe Veselina Garčeva im Interview mit Živko Georgiev, Die Änderungen in der Regierung werden noch 1–2 Monate dauern, in: [www.segabg.com](http://www.segabg.com) vom 4. 6. 07.
- <sup>30</sup> Es wird vermutet, daß man sich durch Kompromate gegenseitig in Schach hält (Betty Ganeva, in Wirtschaftsblatt 5/2007 S. 2. und Jürgen Roth ebenda S. 6.
- <sup>31</sup> Betty Ganeva, in: Wirtschaftsblatt 5/2007 S. 2.
- <sup>32</sup> [www.red.cas.bg/id-41](http://www.red.cas.bg/id-41)
- <sup>33</sup> [www.minaloto.org](http://www.minaloto.org)
- <sup>34</sup> Michail Ekimdžiev, Nach einem Jahre – die ersten Mißerfolge des neuen Generalstaatsanwalts, in [www.mediapool.bg](http://www.mediapool.bg) vom 7. 2. 2007.
- <sup>35</sup> Zeugen haben ihn der Teilnahme an zwei Morden (der Anwältin Nadežda Georgieva und des Staatsanwalts Nikolaj Kolev beschuldigt (Michail Ekimdžiev, Nach einem Jahre – die ersten Mißerfolge des neuen Generalstaatsanwalts), in [www.mediapool.bg](http://www.mediapool.bg) vom 7.2.2007.
- <sup>36</sup> Klaus Schrammeyer, Die Reform der Staatsanwaltschaft als Teil der Justizreform, in: SOE 4/2006, S. 561 ff.; ders., Bulgarien – Wer regiert eigentlich?, in: WGOMFOR 2/2003, S. 87 ff.; ders. Justiz in Bulgarien – Kampf der Gewalten oder der Aufstand der Unberührbaren, in: JfO 1/2003, S. 147 ff.; ders. Die bulgarische Justiz als Nebenregierung, in: SOE 10-12/2002, S. 593 ff.; ders. demnächst in WGO-MfOR, Die vierte Verfassungsänderung vom 2.2.2007 – und immer noch kein Rechtsstaat? – Michael Hein, Verfassungspolitisches Perpetuum mobile in Bulgarien, in: SOM 3/2007/<, 62 ff.
- <sup>37</sup> Krasen Nikolov, Geheime gerichtliche Verfahren setzen Bulgarien neuen Verteilungen in Straßburg aus, in: [www.mediapool.bg](http://www.mediapool.bg) vom 30.6.07; ders., Das Europäische Gericht erkennt die bulgarische staatliche Absurdität offiziell an, in: [www.mediapool.bg](http://www.mediapool.bg) vom 30. 6. 07; ders., Straßburg entscheidet, daß der Innenminister zu große Abhörrechte hat, in [www.mediapool.bg](http://www.mediapool.bg) vom 30. 6. 07.
- <sup>38</sup> Jürgen Roth, die Russenmafia, Ullstein 1997, S. 233 ff. – Norbert Mappes-Niedeck, Balkan-Mafia, Links-Verlag, 2003, 66 ff. – Gordon Thoma/Martin Dillon, The assassinatin of Robert Maxwell, Robson books, 2002. – Dimitar Zlatkov, Smerita na golemite bosove, Sofia 2007. – Svetoslava Tadarškova, Krestnika i silnite, Sofia 2001.

- <sup>39</sup> Europäische Rundschau 2/2007, S. 47 ff. (49).
- <sup>40</sup> Bulgarien und Rumänien – eine Bedrohung für die Mitgliedschaft von Makedonien und Kroatien, in: [www.news.bg](http://www.news.bg) vom 15. 6. 07.
- <sup>41</sup> K.-P. Schwarz, Die Kleptokraten putschen, in FAZ vom 23.4.07, S. 1; Svetoslav Terziev, Bulgarien erhält einen portugiesischen Urlaub, in: [www.segabg.com](http://www.segabg.com) vom 10. 7. 07.
- <sup>42</sup> siehe meinen Artikel dazu, der im nächsten Heft von WGO-MfOR erscheinen wird.
- <sup>43</sup> Europäische Rundschau 2/2007, S. 47 ff. (48).
- <sup>44</sup> Karl-Peter Schwarz, Die Kleptokraten putschen, in: FAZ, 23. 4. 07 S. 1).
- <sup>45</sup> Im Gegensatz zu Martens (Europäische Rundschau, Das Versprechen von Thessaloniki, S. 57 ff. (59) sehe ich keinen großen Unterschied zwischen der serbischen und bulgarischen Emigration: auch in Bulgarien haben nicht die üblichen Schwierigkeiten einer Transformationsgesellschaft die Besten vertrieben, sondern ebenfalls die kriminellen Machenschaften der Eliten, den sie sich nicht unterwerfen wollten.
- <sup>46</sup> Petjo Cekov, die BSP kommt in ihre »blaue«Periode«, in: [www.segabg.com](http://www.segabg.com) vom 3. 6. 07.
- <sup>47</sup> Dimtăr Dăbov (als Generalsekretär), Anton Kutev, Evgeni Uzunov, Ivelin Nikolov, Katja Nikolova und den Europaabgeordneten Kristjan Vigenin.
- <sup>48</sup> Presseschau in: [www.news.bg](http://www.news.bg) vom 18. 6. 07.
- <sup>49</sup> siehe Schrameyer aaO. Fußnote 17.
- <sup>50</sup> Jasen Ljuckanov, Interview mit Maria Kapon, in: [www.segabg.com](http://www.segabg.com) vom 9. 7. 07.
- <sup>51</sup> gegenüber der »Financial Times« vom 13. Juni 2007, nach [www.mediapool.bg](http://www.mediapool.bg) vom 28. 6. 07.
- <sup>52</sup> aaO. Wirtschaftsblatt nr. 5/2007, S. 7.